

Sportpolitik

Jürgen Mittag

Die europäische Sportpolitik stand in den ersten Monaten des Jahres 2021 weiterhin im Zeichen der Covid-19-Pandemie¹, so dass die Rahmenbedingungen des Vorjahres kaum verändert ihre Fortsetzung fanden. Von den sich in zahlreichen europäischen Ländern über mehrere Monate erstreckenden Lockdowns und Mobilitätseinschränkungen waren sowohl der professionelle Spitzensport als auch der organisierte Breitensport betroffen. Etliche Sportveranstaltungen mussten abgesagt oder verschoben werden, während zugleich Vereins- und der Schulsportaktivitäten nur begrenzt stattfinden konnten. Der Sport in der Europäischen Union (EU) sah sich infolgedessen mit dem Umstand konfrontiert, dass sowohl das Ausmaß an körperlicher Bewegung, die Zahl der Vereinsmitglieder als auch der durch den Sport generierte finanzielle Umsatz rückläufig war. Teilweise durch die Pandemie geprägt, wurden in der europäischen Sportpolitik in den vergangenen Monaten mehrere wegweisende Entscheidungen getroffen, die vor allem finanzielle Implikationen haben. Zugleich wurden im Schatten der Pandemie aber auch erhebliche sportpolitische Kontroversen ausgetragen, in denen das Zusammenspiel von Sport und Menschenrechten sowie die Zukunft des „Europäischen Sportmodells“ im Blickfeld standen.

Das erfolgreiche Eintreten der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 für einen Kompromiss bei der mehrjährigen finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2021–27² hat auch Auswirkungen auf den Sport: Für das Erasmus+ Sport-Programm werden künftig rund 500 Mio. Euro zur Verfügung stehen, womit der Sport nahezu eine Verdoppelung seiner Mittel erwirkt hat; der Anteil des Sports am Programm erhöht sich damit auf 1,9 Prozent. Kaum minder bedeutsam ist, dass der Sport auch in die milliarden-schwere Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF), dem Kern des NextGenerationEU-Instruments, einbezogen werden kann. Und schließlich findet der Sport nunmehr auch in weiteren wichtigen EU-Förderprogrammen, darunter dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), ausdrücklich Berücksichtigung, so dass auch hier eine Ausweitung der Finanzierungsmöglichkeiten für den Sport im Raume steht.

Das zweite zentrale Ergebnis der deutschen Ratspräsidentschaft stellt die Verabschiedung des Arbeitsplans der Sportministerinnen und -minister für den Zeitraum 2021–2024 dar. Als maßgebliche Themen wurden die drei Schwerpunktbereiche „Schutz der Integrität und der Werte im Sport“, „sozioökonomische und ökologische Dimension des Sports“ sowie „Förderung der Teilnahme an Sport und gesundheitsfördernder körperlicher Aktivität“ vereinbart. Jeder dieser Schwerpunktbereiche sieht weitere Kernthemen wie etwa die Rechte von Sportlerinnen und Sportlern, Sportgroßveranstaltungen oder der „Grüne Sport“ vor. Die aktuellen Präferenzen des Rats spiegeln sich auch in der Einrichtung einer neuen „High Level Group on Gender Equality“ im Sport wider. Von der portugiesischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2021 wurde insbesondere auf die Themenfelder

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie“ in diesem Jahrbuch.

2 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Haushaltspolitik“, „Der Wiederaufbauplan der Europäischen Union“ und „Bundesrepublik Deutschland“ in diesem Jahrbuch.

Sportinnovation und Sportdiplomatie gesetzt. Zu beiden Bereichen fanden Präsidialkonferenzen statt, in denen unter anderem beleuchtet wurde, inwieweit die Sportdiplomatie zu einer stärkeren Rolle Europas in der globalen Politik beitragen kann. Die Aufnahme des Sports in das Förderprogramm für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit kann hier als ein wichtiger Beitrag betrachtet werden. Welche Bedeutung Menschenrechtsfragen auch im Rat der EU haben, dokumentiert der am 27. Januar 2021 von den für den Sport zuständigen Ministern verfasste Brief an Kommissarin Mariya Gabriel, in dem das Thema Menschenrechte bei Sportgroßveranstaltungen problematisiert wurde.

Die Aktivitäten der Europäischen Kommission im Bereich Sport umfassten im Jahre 2020 vor allem Grundsatzaktivitäten. So wurde am 17. November 2020 eine prominent besetzte Konferenz zum Thema „Die Erholung des Sportsektors nach der Covid-19-Krise“ mit mehr als 600 Teilnehmenden ausgerichtet. Einen Tag später wurde ein informeller Runder Tisch zum Thema „Sport und Behinderung“ veranstaltet, zu dem gemeinsam von den Kommissarinnen Helena Dalli (Gleichstellung) und Mariya Gabriel (Sport) eingeladen wurde. Der langjährige Leiter der Sport-Unit in der Kommission, Yves Le Lostecque, verabschiedete sich am 16. Dezember 2020 mit einer Veranstaltung zur Repräsentation des Sports auf EU-Ebene. Die Veranstaltung thematisierte den strukturierten Dialog der Europäischen Kommission mit verschiedenen Interessenvertretern, deren Auswahl sich angesichts der wachsenden Bedeutung des Sports auf europäischer Ebene zunehmend schwieriger gestaltet. Neue Leiterin der Sport-Unit ist die Niederländerin Florencia Van Houdt, unter deren Ägide im Mai 2021 die ersten Sitzungen der beiden ebenfalls neu gebildeten Expertengruppen der Kommission zum Europäischen Green Deal und zu Covid-19 stattfanden. Im Juni 2021 richtete die Europäische Kommission das EU-Sport Forum aus, das erneut die Bandbreite der Sportakteure auf europäischer Ebene zusammenführte. Angesichts des digitalen Formats hielt sich die Interaktion hier jedoch in Grenzen.

Auch das Europäische Parlament (EP) befasste sich eingehender mit den Auswirkungen der Pandemie und nahm im Februar 2021 einen Entschließungsantrag zu den Auswirkungen von Covid-19 auf die Jugend und den Sport an. In mehreren Sitzungen erörterte das EP die Veränderungen durch digitale Übertragungsmöglichkeiten bei Sportveranstaltungen und setzte sich hierbei vor allem mit der Online-Piraterie bei Sportübertragungen auseinander. Die Entschließung über die „Herausforderungen für die Organisatoren von Sportveranstaltungen im digitalen Umfeld“ wurde am 19. Mai 2021 vom EP mit großer Mehrheit angenommen. Menschenrechtsthemen standen im EP ebenfalls auf der Agenda.³ Am 25. Mai 2021 lud der Unterausschuss des Europäischen Parlaments für Menschenrechte zusammen mit dem CULT-Ausschuss zu einem Workshop über Sportgroßveranstaltungen und Menschenrechte ein. Im Nachgang dazu nahm das EP am 8. Juli 2021 eine Resolution an, in der zu einem Boykott der Olympischen Winterspiele 2022 in Peking seitens der Politik beziehungsweise Diplomatie aufgerufen wurde, sofern es zu keiner belastbaren Verbesserung der Menschenrechtssituation in China komme.

Vom Europäischen Gerichtshof wurde am 16. Dezember 2020 ein seit längerem erwartetes wegweisendes Urteil veröffentlicht, mit dem im Kern eine Entscheidung der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2017 bestätigt wurde: Die Auffassung der Internationalen Eislaufunion (ISU), Sportler bei der Teilnahme an nicht von der ISU anerkannten

Eisschnelllauf-Wettkämpfen mit Sanktionen zu belegen, ist nicht mit dem EU-Wettbewerbsrecht vereinbar. Die Zukunft verbandlicher Monopole im Sport und damit verbunden auch die Frage nach den spezifischen europäischen Sportstrukturen steht mit diesem Urteil erneut auf dem Prüfstand.

Rege Aktivitäten entfaltete der Europarat⁴, der zahlreiche (Online-)Konsultationen veranstaltete. Besondere Beachtung wurde der Überarbeitung der europäischen Sportcharta als Grundlagendokument gewidmet, da hier die Kerncharakteristika europäischer Sportstrukturen Berücksichtigung finden sollen. Weitere Veranstaltungen des Europarats befassten sich mit Menschenrechten im Kinder- und Jugendsport, mit Rassismus und Hassreden bei Sportgroßveranstaltungen, mit der Gleichstellung der Geschlechter im Sport und mit der Manipulation von Sportwettkämpfen.

Für die europäischen Sportverbände markierten die mit einem Jahr Verspätung durchgeführten Sportgroßereignisse eine wichtige Etappe. Mit der paneuropäischen Fußball-europameisterschaft und den Olympischen Spielen in Tokio leitete man tendenziell zwar eine Rückkehr zur Normalität ein, das Ausmaß der im Umfeld der Events ausgetragenen Konflikte war indes beträchtlich. Vor allem bei der Fußball-europameisterschaft gab es fast täglich Debatten über das Spannungsverhältnis von Sport und Politik: Kniende Spieler und Schiedsrichter-Teams, die gegen Rassismus protestierten; ein Mannschaftskapitän mit einer Regenbogen-Armbinde, der für Diversität, Offenheit und Toleranz in Europa warb; eine ukrainische Mannschaft mit einem Trikot, das den Umriss des Landes zeigte und dabei auch die von Russland annektierte Halbinsel Krim einschloss; aber auch ein Austragungsort, der ersuchte, das lokale Stadion in den Regenbogenfarben zu beleuchten – all dies war Ausdruck einer zunehmenden Inanspruchnahme des Sports für politische Interessen.

Wie stark die Sportverbände gegenwärtig herausgefordert sind, hatte sich zudem am 18. April 2021 gezeigt – am Vortag eines geplanten Beschlusses über die Reform der Champions League – als zwölf europäische Top-Klubs die Gründung einer Super League bekanntgaben und damit die bestehenden Strukturen grundlegend in Frage stellten. Als Reaktion hierauf gingen vielfach aktive und ehemalige Fußballer, Funktionäre, aber auch Fans und Journalisten auf die Barrikaden. Vor allem angesichts der massiven Fanproteste auf der britischen Insel, von der sechs der zwölf an der Super League beteiligten Spitzenvereine stammten, erodierte die Einheit der abtrünnigen Klubs rasch, so dass das Projekt nur zwei Tage nach seiner Vorstellung scheiterte. Dennoch dokumentiert dieser Akt das anhaltende Konfliktpotenzial im organisierten Sport, in dem die Verbände fast permanent herausgefordert sind. Infolgedessen traf sich auch IOC-Präsident Thomas Bach wiederholt mit Vertretern der EU-Institutionen in Brüssel, um in diesem Zuge für die Beibehaltung des Europäischen Sportmodells zu werben. Mit Spyros Capralos, der als langjähriger Präsident des griechischen NOK zum Präsidenten der Europäischen Olympischen Komitees gewählt wurde, verfügt er dabei auf europäischer Ebene über einen neuen Mitstreiter.

Dass in der europäischen Sportpolitik nicht nur schwelendes Konfliktpotenzial, sondern auch weiterhin Orientierungsnotwendigkeit besteht, zeigen einmal mehr die neu veröffentlichten Studien. Neben der Untersuchung über die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf den Sport in Europa⁵ ist unter anderem auch eine Studie über die generations-

3 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Menschenrechtspolitik“ in diesem Jahrbuch.

4 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und der Europarat“ in diesem Jahrbuch.

5 ECORYS: Mapping Study on measuring the economic impact of COVID-19 on the sport sector in the EU. Final report, Luxemburg, 25.11.2020.

übergreifende Dimension des Sports⁶ sowie ein umfassender Überblick zur Gegenwart und Zukunft der europäischen Sportpolitik veröffentlicht worden.⁷ Hinzu kamen verschiedene Anhörungen und Konsultationen. So hat die UEFA im Mai 2021 ein umfassendes Konsultationsverfahren eröffnet, dessen Ziel es ist, in einen Dialog über die Zukunft des Sports mit den unterschiedlichen Interessenvertretern des europäischen Fußballs zu treten. Auch die slowenische Ratspräsidentschaft hat sich die Zukunft des Europäischen Sportmodells als Leitthema auf die Fahnen geschrieben. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund werden die Strukturen des Sports in Europa absehbar ein zentrales Diskussions- und Forschungsthema bleiben.

Weiterführende Literatur

Andrea Cattaneo/Richard Parrish: Sports Law in the European Union, Alphen aan den Rijn 2020.

Roland Naul/Claude Scheuer (Hrsg.): Research on Physical Education and School Sport in Europe, Aachen 2020.

6 ECORYS: Mapping study on the intergenerational dimension of sport. Final Report to the European Commission, Luxemburg, 12.10.2020.

7 Jürgen Mittag/Roland Naul: EU Sports Policy: Assessment and Possible Ways Forward, European Parliament, Research for Cult Committee – Policy Department for Structural and Cohesion Policies, Brüssel, Juni 2021.